

Vor wenigen Monaten hat der Weltklimarat in aller Klarheit dargelegt, dass nur drastische Emissionsminderungen den Klimawandel in erträglichen Grenzen halten würden. Das ruft auch die Universitäten zum Handeln auf. Klar ist, dass der Klimaschutz nicht nur eine technisch-ökonomische Herausforderung, sondern auch eine Frage von Werten und Lebensstilen ist. Studiert man die einschlägigen Positionspapiere, beispielsweise das der Hochschulrektorenkonferenz von November 2018, so heißt es, man wolle die Nachhaltigkeitsperspektive systematisch in Governance, Betrieb, Lehre und Forschung der Hochschule integrieren. Das klingt plausibel. Denn in der Tat ist das bis heute ja nicht annähernd der Fall.

Zwar gibt es an vielen Hochschulen einzelne Professuren oder Lehrstühle, die sich systematisch mit Nachhaltigkeit befassen. Von einer systematischen Befassung über die gesamte Hochschule hinweg kann aber meist nicht die Rede sein. Das spiegelt sich im Lehrangebot. Auch hier gibt es durchaus hochwertige Lehrveranstaltungen oder Ringvorlesungen. Aber auch hier gilt: Mit dem sonstigen Lehrangebot besteht meist kein Zusammenhang. Das beste Beispiel ist die Ökonomie: Auch wenn hier und da Seminare zu Klima- oder Ressourcenschutz angeboten werden und ganz Verwegene sogar einmal ein Postwachstums-Seminar wagen, so nimmt doch der Hauptstrom der ökonomischen Lehre keinerlei Bezug zu Natur- und Ressourcenschutz. Im Gegenteil: Eisern wird an Postulaten festgehalten, die zur Ausblendung des Themas geradezu einladen. Wo aber die Bezüge fehlen, da entsteht kein Zusammenhang.

Besonders die Ökonomie wird sich deshalb ändern müssen, wenn sie den Herausforderungen des Klimawandels gerecht werden will. Sie kann nicht bei Kosten-Nutzen-Analysen von Klimaschutzmaßnahmen oder der bloßen Bepreisung von schädlichen Emissionen stehenbleiben. Vielmehr muss sie sich fragen, ob ihre theoretischen Grundannahmen noch stimmen: der nutzenfixierte Homo oeconomicus, die Anwendbarkeit vermeintlich rationaler Wirtschaftskalküle auf alle Sphären der Gesellschaft, die Skepsis gegenüber nicht-marktvermittelten Kooperationslösungen, die generelle Bevorzugung von Gegenwartsinteressen gegenüber langfristigen Zielen oder die Annahme einer grundsätzlichen Substituierbarkeit von Natur(kapital) durch menschgemachtes Kapital.

Der Klimawandel fordert die Ökonomie auf, ihre Grundannahmen zu überdenken.

Diese Defizite überwindet die Wirtschaftswissenschaften nur, wenn sie sich naturwissenschaftlichen Disziplinen wie der Ökologie, aber auch anderen Sozial- und Geisteswissenschaften öffnet. Zu nennen sind hier vor allem die Politologie, die Soziologie und die Sozialpsychologie. Die gemeinsamen Fragen liegen auf der Hand: Wie können unsere zivilisatorischen Errungenschaften und Werte erhalten werden, wenn wir auf ökologische, soziale und kulturelle Grenzen des Wachstums stoßen? Muss unsere Ökonomie angesichts des Klimawandels nicht von einem überwiegend kompetitiven auf einen eher kooperativen Grundmodus umschalten?

Es ist die Zeit des verbissenen Feilschens: Am 3. Mai wollen Bund und Länder ein Konzept für die Fortschreibung des Hochschulpakts vorlegen, bei dem es um die Verteilung von jährlich mindestens 1,8 Milliarden Euro Bundesgeldern gehen dürfte. Die Verhandlungsführer treffen sich zurzeit in verschwiegenen Runden der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK), aus denen Papiere, Modellrechnungen und angebliche Einigungen trotzdem an die Öffentlichkeit dringen. Da es um die Fortsetzung eines bereits bestehenden Programms geht, hat jede Partei die Maxime, in Zukunft auf keinen Fall weniger zu bekommen als bisher, sondern möglichst noch mehr. Dass es darüber zwischen der Bundesregierung und den sechzehn Länderministerien Streit gibt, ist verständlich.

Weniger verständlich ist, dass sich die Verhandlungen fast ausschließlich um finanzielle Fragen drehen. Die Hochschulen stellen sich wie immer als chronisch unterfinanziert dar. Geradezu absurd erscheint der Gedanke, sie könnten jemals Geld ablehnen, um von bürokratischen Auflagen des Geldgebers verschont zu bleiben. Es scheint auch niemanden zu irritieren, dass die Verteilung des Geldes schon vor der Frage geklärt werden soll, wofür man es eigentlich ausgeben will. Bund und Länder, heißt es, hätten sich vorab darauf verständigt, dass eine öffentliche Debatte vor Ende der Verhandlungen verhindert werden soll. Aber was sollte eine danach?

Eine Debatte im eigentlichen Sinne wird ohnehin nicht stattfinden. Der Pakt ist eine Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern. Dafür braucht es weder einen Beschluss des Bundestages noch der Länderparlamente. Es mag einige tapferere Proteststimmen aus der SPD-Fraktion geben. Doch obgleich der neue Pakt die Hochschulen über Jahre prägen wird, hält sich das Interesse der Öffentlichkeit in engen Grenzen.



Dirk Skreber „Ohne Titel“ (Überschwemmung) aus dem Jahr 2000

Foto Artothek/VG Bild-Kunst, Bonn 2019

Die Universität und der Klimawandel

Die Folgen der globalen Erwärmung können nicht allein durch Technik bewältigt werden. Auch Werte und Lebensstile müssen sich wandeln. Deshalb sind auch die Geistes- und Sozialwissenschaft gefragt.

Bisher fehlen allerdings die finanziellen Voraussetzungen für die notwendigen Brückenschläge. In die Forschungsförderung des Bundes werden zwar allmählich kleine Budgets für sozialökologische Forschung (SÖF) aufgenommen. Für dieses Jahr werden dafür zwanzig Millionen Euro verteilt. Der Löwenanteil geht aber nach wie vor in technologische und unmittelbar anwendungsbezogene Forschung. Schaut man sich beispielsweise das Budget der Hightech-Strategie des Bundes (27 Milliarden Euro in der Legislaturperiode) an und vergleicht es mit dem Budget des Schwerpunktes „Forschung für nachhaltige Entwicklung“, das für den gleichen Zeitraum bei rund 3 Milliarden Euro liegt, dann werden die Prioritäten klar erkennbar. Und während der Klimawandel schnelles Handeln und disziplinierte Zusammenarbeit erfordert, greifen im Wissenschaftssystem Wettbewerbsorientierung und Hypermotivierung Raum.

Es ist also eine erhebliche Lücke zu konstatieren. Kann sie geschlossen werden? Und wie kann das geschehen? Oder führt eine stärkere Ausrichtung der Forschung am Klimaschutz zur Verzweckung und Politisierung der Wissenschaft? Dass diese Fragen mittlerweile in der Wissenschaftspolitik angekommen sind, ist in der „Schneidewind-Strohschneider-Kontroverse“ von 2014 deutlich geworden, die bis heute debattiert wird. Während Uwe Schneidewind, Präsident des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie, dafür plädierte, Forschung und Lehre stärker an Nachhaltigkeit und Klimaschutz auszurichten, sprach sich Peter Strohschneider, der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, klar dagegen aus.

Zwar sah auch Strohschneider die Notwendigkeit, Forschung zum Klimaschutz verstärkt im Wissenschaftssystem zu betreiben. Zugleich argumentiert er aber vehement gegen den generellen Primat der Nachhaltigkeitsperspektive. Er führte dafür zwei gewichtige Argumente ins Feld: Die Ausrichtung am Ziel der Nachhaltigkeit führe faktisch zur Indiennahme der Wissenschaft für politische und gesellschaftliche Ziele, selbst wenn es sich um wünschenswerte Ziele handele. Überdies gebe es Forschung, die per definitionem keinen Beitrag dazu leisten wolle und könne. Wer das Studium der altägyptischen Hochkultur betreibe, könne nun einmal nichts zur Energiewende beitragen.

Strohschneider warnte aber nicht nur vor der Politisierung der Wissenschaften, sondern auch vor der Verwissenschaftlichung der Politik durch eine Expertokratie. Wenn Politik nur noch das umzusetzen hätte, was ihr wissenschaftliche Experten auftragen, würde sie entpolitisiert. Der Akzeptanzverlust gegenüber repräsentativer Politik ginge so Hand in Hand mit wissenschaftlichem Qualitätsverlust.

Strohschneiders erstes Argument ist aus zwei Gründen fragwürdig. Zum einen ist das Wissenschaftssystem nicht generell von der Gesellschaft losgelöst. Vielmehr ist es in sie eingebettet. Es wird von der Gesellschaft mit Ansprüchen konfrontiert, wirkt umgekehrt aber auch stark auf sie ein. Es ist autonom, aber auch rechenschaftspflichtig. Es ist vernünftigerweise in hohem Maße selbstorganisiert, wird aber überwiegend vom Steuerzahler finanziert. Dass nun ausgerechnet die systematische Berücksichtigung des Klimawandels in der Forschungsförderung die Freiheit der Wissenschaften beenden und das Wissenschaftssystem Partikularinteressen ausliefern würde, halte ich nicht für realistisch.

Denn es geht hier gerade nicht darum, alle Disziplinen dem Regiment der Nachhaltigkeit zu unterwerfen. Auch in Zukunft würde über die Farbwahrnehmung

von Hummeln bei unterschiedlichen Helikoptern, die Ausdehnung des Universums oder das platonische Höhlengleichnis geforscht werden können. Sagen wir es pathetisch: Warum sollen sich Weltwissen und Weltrettung ausschließen? Ist es nicht vielmehr so, dass sie sich wunderbar ergänzen könnten?

Strohschneider zweites Argument, der Ansatz der transformativen Wissenschaft führe letztlich zur Entpolitisierung der Politik durch eine Nachhaltigkeitsexpertokratie, ist gewichtiger. Bei der Lektüre mancher Gutachten zu Klimafragen lässt sich in der Tat der Primat der Politik subtil durch einen Primat der Wissenschaft ersetzt werden. Der politische Prozess mit all seinen Irrungen und Wirrungen, Machtasymmetrien und Interessen kommt in solchen Studien zu kurz. Tatsächlich folgen ja das politische und das wissenschaftliche System unterschiedlichen Logiken. Es ist deshalb durchaus sinnvoll, für eine gewisse wechselseitige Distanz der beiden Systeme zu plädieren. Die Verführungen sind nun einmal groß: Die Politik schmückt sich

Es geht nicht darum, alle Disziplinen dem Regiment der Nachhaltigkeit zu unterwerfen.

gern mit wissenschaftlichen Ergebnissen, wenn sie ihr denn passen. Die Wissenschaft sonnt sich zuweilen gern in der Nähe der Macht.

Das heißt freilich nicht, dass es zwischen Wissenschaft und Politik eine Mauer geben sollte, durch deren Öffnung in die eine Richtung Fragenkataloge an die Wissenschaft und in die andere Richtung Wissenspakete an die Politik gereicht werden. Sollen beide Systeme ihre Funktionslogik behalten, dann müssen wechselseitige Beziehungen gepflegt werden, ohne das Eigene aufzugeben. Insofern wäre Peter Strohschneiders Argument, der Ansatz der transformativen Wissenschaft führe tendenziell zu einer wissenschaftsgestützten Expertokratie, nur dann zutreffend, wenn eine Politik mit mangelhaftem Selbstbewusstsein und schwachem Orientierungssinn auf eine anmaßende Wissenschaft mit Allmachtphantasien trafe. Dass wir an diesem Punkt sind, möchte ich bezweifeln.

Wenn wir die Herausforderung des Klimawandels meistern wollen, dann brauchen wir die Hochschulen. Und zwar brauchen wir sie in allen drei Feldern: in der Lehre, in der Forschung und als Akteur, der im Austausch mit der Gesellschaft steht. Wir brauchen Hochschulen, die praktisches Wissen für nachhaltige Entwicklung ebenso fördern wie moralisches Urteilsvermögen. Wir brauchen nicht nur, wie es bei Kant heißt, den Streit der Fakultäten, sondern auch die Kooperation der Fakultäten, also echtes inter- und transdisziplinäres Herangehen an Fragen der Nachhaltigkeit. Wenn Wissenschaftspolitik den Naturschutz und die gesellschaftlichen Bedingungen, die ihn erst möglich machen, ernst nimmt, dann muss sie die Sozial- und Geisteswissenschaften in ihren Förderprogrammen in gleicher Weise berücksichtigen wie die Natur- und Ingenieurwissenschaften. Nur so entsteht das volle Bild, das wir zur Lösung der globalen Menschheitsprobleme brauchen. REINHARD LOSKE

Der Autor ist Präsident der Cusanus Hochschule in Bernkastel-Kues und Professor für Nachhaltigkeit und Gesellschaftsgestaltung am dortigen Institut für Ökonomie.

Folgt das Geld einem Plan?

Der Hochschulpakt soll die Architektur des Wissenschaftssystems neu justieren. Dafür muss mehr als nur Geld verteilt werden

Das unterscheidet den Pakt von seinen Ursprüngen. Der erste Pakt ging nämlich auf eine heftig debattierte Entscheidung der Kultusbehörden der Länder zurück. Die Einführung des G-8-Abiturs durch die Länder hatte Ende der zweitausender Jahre zu kurzfristigen Verdoppelungen der Abiturjahrgänge geführt, die mit den damals noch bescheidenen Mitteln des ersten Hochschulpakts aufgefangen werden sollten. Auch als die Länder das G 8 wieder kassierten, stieg das Finanzvolumen der folgenden Pakte stetig an. Zugleich erhöhte sich die Zahl der Studenten, was wiederum zu einer stetigen Verschlechterung des Betreuungsverhältnisses zwischen Professoren und Studenten führte.

Die im gleichen Zeitraum umgesetzte Bologna-Reform verschärfte die Lage noch einmal. Denn die Hoffnung, dass nur das forschungsorientierte Drittel der Studenten nach dem Bachelor an der Universität bleiben würde, erfüllte sich bekanntlich nicht. Folglich wurde die Betreuung auch in den Master-Studiengängen schlechter.

Die Prognose, dass auch die Milliarden des nächsten Hochschulpakts daran nichts ändern werden, drängt sich schon heute auf. Erstens wird sich der jährliche Anteil an Schulabsolventen mit Abitur aller Voraussicht nach weiter erhöhen, zweitens werden sich auch die Nebenwege zum Hochschulstudium ganz ohne Abitur weiter öffnen. Schließlich haben auch die bisherigen Hochschulpakte ihren Teil dazu beigetragen, dass die Nachfrage nach einem Hochschulabschluss gestiegen ist. Erstaunlicherweise wird trotzdem nie die

Frage gestellt, ob die angebliche Lösung (also immer mehr Gelder für die Hochschulen) nicht Teil des Problems ist. Wer nur Studienplätze und Abschlüsse zählt, ohne nach der Qualität des Gelernten zu fragen, verkennt Mittel und Zweck. Das gilt nicht nur für die Diskussion über die Verstärkung des Hochschulpakts, sondern auch für die Exzellenzstrategie. Auch hier wird die Tatsache, dass es einen Wettbewerb gibt, bereits als Beweis für dessen Erfolg ausgegeben.

Es lohnt sich, dazu noch einmal in den Imboden-Bericht zur Evaluation der Exzellenzinitiative, wie die Exzellenzstrategie vormals hieß, zu blicken: Bibliometrische Befunde deuten laut dem Bericht von 2016 zwar auf einen Leistungszuwachs der Exzellenzuniversitäten bei internationalen Publikationen hin, doch dieser Befund bestätigt nur die Erwartung, dass „mehr Forschungsgelder auch mehr Publikationen bedeuten“. So wie mehr Studienplätze eben auch mehr Studenten und Abschlüsse bedeuten. Über die Qualität der zusätzlichen Publikationen, so der Imboden-Bericht spitz, sei damit noch gar nichts gesagt. Die in der Exzellenzinitiative erfolgreichen Universitäten hätten schon vorher einen überdurchschnittlichen Anteil der Spitzenpublikationen produziert – ein Trend, der sich durch die Gelder der Initiative „höchstens marginal“ verstärkt habe.

Milliarden also für Marginalität? Immerhin ein Ziel hat die Exzellenzinitiative laut Imboden-Bericht erreicht: eine stärkere Differenzierung der Universitäten. Damit habe man, frohlockt der Bericht, die „Alle sind gleich“-Illusion des

deutschen Universitätssystems endlich „begraben“ können.

Das führt zurück zum Hochschulpakt. Während nämlich die Exzellenzinitiative der Totengräber der Gleichheitsillusion war, grub der Pakt sie immer wieder aus. Schließlich war er bei der Verteilung der Gelder vom Geist des föderalen Ausgleichs geprägt. An die laufenden Verhandlungen sollte man deshalb die Frage stellen, wie die beiden wichtigsten Programme des deutschen Hochschulsystems eigentlich miteinander harmonisieren sollen. So klagte der Imboden-Bericht, dass das maßgebliche Kriterium für die Höhe der Grundfinanzierung der Hochschulen die Zahl der Studenten darstelle. Auch die Kapazitätsverordnung führe dazu, dass die Einrichtung jeder neuen Professur automatisch mit einer erhöhten Zuweisung von Studenten im entsprechenden Fachbereich einherginge. Dieses Konzept sei aber mit dem Ziel, wissenschaftliche Qualität durch stärkere Hierarchisierung zu fördern, unvereinbar.

Von einer solchen Differenzierung wollte der Hochschulpakt bisher nichts wissen. Er sollte die Qualität des Studiums in der Breite verbessern. Kurz: Die Ziele von Pakt und Initiative widersprechen einander. Die „erfahrenen Wissenschaftler, die die Lehre eigentlich übernehmen sollten (und nicht der befristete Mittelbau)“, heißt es dazu im Imboden-Bericht, „werden durch einen Erfolg in der Exzellenzinitiative von diesen lästigen Aufgaben befreit“. Das erhöhe wiederum das Lehrpensum ihrer weniger erfolgreichen Kollegen. Die Exzellente in die Forschung und die anderen in die Leh-

re: Ist das die Zukunft der deutschen Hochschulen?

Der Wissenschaftsrat forderte schon im Mai 2018 in seiner Stellungnahme zur Fortschreibung des Paktes die dauerhafte Finanzierung zusätzlicher unbefristeter Stellen in „erheblichem Umfang“. Insbesondere die „ausgeprägte Heterogenität der Eingangsqualifikationen“ der heutigen Erstsemester verlange eine umfassende Qualitätsverbesserung der Lehre. Auch wenn die Verhandlungen noch laufen, zeichnet sich darüber bereits ein Konsens ab: Zentrales Kriterium bei der Mittelvergabe des Hochschulpakts soll in Zukunft sein, wie viele Studenten ihr Studium in der Regelzeit erfolgreich abschließen. Ob das gelingt, dürfte vor allem von der Qualität der Lehre abhängen. Aber wovon hängt die ab? Die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) ist sich da sicher: Die qualitative Gestaltung der Lehre, so ihre Entschliebung vom 12. März, hänge „wesentlich von der Verfügbarkeit einer starken Grundfinanzierung ab“.

Nun scheint man sich seitens der HRK, des Wissenschaftsrats, der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft, des „Netzwerk für Gute Arbeit in der Wissenschaft“ und sogar bis zum Bundesbildungsministerium darin einig zu sein, dass der nächste Hochschulpakt mehr Dauerstellen schaffen soll. Das würde ihn von seinen Vorgängern deutlich unterscheiden. So begrüßenswert das grundsätzlich wäre, wirft es doch die Frage auf, ob die Qualitätssteigerung der Lehre nicht nur mehr Stellen erfordert, sondern auch mehr unterschiedliche Stellenprofile. Hier zeichnet sich schon der nächste große Konflikt

der deutschen Hochschulen ab: Will man die bestehenden Strukturen einfach fortsetzen, nur eben mit mehr Geld für mehr unbefristete Stellen? Oder will man die Strukturen selbst ändern?

Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang ein aktueller Streit an der Universität Potsdam. In Potsdam will man die Zahl der Lehramtsstellenplätze von aktuell 650 auf künftig 1000 jährlich ausbauen. Dafür sollten zusätzliche Stellen mit dem Schwerpunkt Lehre eingerichtet werden, so die Hochschulleitung. Der Senat der Universität hatte bereits 2015 beschlossen, das Lehrdeputat der Dozenten von bislang 8 auf bis zu 24 Semesterwochenstunden anzubauen. Die stärkere Unterscheidung des Personals in eher Lehrende und eher Forschende, die mit dem Senatsbeschluss einhergeht, sei Teil der Strategie, das Betreuungsverhältnis und die Qualität der Lehre an der Universität flächendeckend zu verbessern, rechtfertigte sich die Hochschulleitung.

Klingt nachvollziehbar, aber GEW und das Netzwerk liefen dagegen Sturm. Das Netzwerk stellte klar, dass es Dauerstellen wolle, aber nicht zu Bedingungen, die „gezielt ein Klassegefälle in der Gemeinschaft der Forschenden“ etablieren. Die Berufsbezeichnung Wissenschaftler verkäme damit zum Zynismus. Man kann diese unverborgene Geringachtung reiner Lehrstellen als Unterklasse des universitären Personals schäbig nennen, aber solange die Lehre keine akademische Reputation bringt, liegt sie im System. Es muss sich noch zeigen, ob die Milliarden des Hochschulpakts daran etwas ändern. GERALD WAGNER

Korrektur

Der vergangene Woche abgebildete Papst war Paul VI., nicht Pius VI. Wir bitten das Versehen zu entschuldigen.